

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 7 (1915)  
**Heft:** 7  
  
**Artikel:** Scharfmacherklüngel  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-350413>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Ausgaben der schweizerischen

Tab. IV. Verbände	Arbeits- losen- unter- stützung	Reise- unter- stützung	Umzugs- unter- stützung	Kranken- unter- stützung	Invaliden- und Sterbegeld	Unter- stützung in Notfällen	Streiks- u. Lohnbe- wegungen
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Bauarbeiter . . . . .	—	118	—	—	78	—	1,468
Buchbinder . . . . .	20,181	508	185	11,062	400	—	600
Coiffeurgehilfen . . . . .	106	42	—	42	40	—	—
Gemeinde- und Staatsarbeiter . . . . .	—	—	—	—	—	200	—
Handels- und Transportarbeiter . . . . .	728	117	—	160	350	85	2,823
Holzarbeiter . . . . .	92,686	5,122	1,834	54,595	607	865	53,765
Hutarbeiter . . . . .	4,394	196	115	929	—	—	175
Lebens- und Genussmittelarbeiter . . . . .	12,048	—	150	9,496	—	11,025	3,345
Ledarbeiter . . . . .	503	875	79	3,268	30	140	4,127
Lithographen . . . . .	3,695	1,139	1,245	19,810	1,600	30,432	9,297
Lokomotivpersonal . . . . .	—	—	—	6,450	33,450	1,020	—
Maler und Gipser . . . . .	—	2,574	—	4,862	450	—	—
Metallarbeiter . . . . .	83,902	9,068	6,788	164,873	4,270	5,000	23,829
Papier- und Hilfsarb. im graph. Gewerbe . . . . .	8,109	2	115	9,792	155	441	—
Schneider und Schneiderinnen . . . . .	—	773	150	1,500	300	60	37,986
Stein- und Tonarbeiter . . . . .	—	557	95	—	1,015	—	313
Textilarbeiter . . . . .	43,831	225	110	7,915	—	480	2,884
Transportanstalten (A. U. S. T.) . . . . .	—	—	—	—	13,700	—	—
Typographen . . . . .	132,496	4,295	760	120,916	93,053	6,150	1,484
Uhrenarbeiter . . . . .	—	—	—	—	—	—	582,446
Zimmerleute . . . . .	12,402	487	200	6,726	200	2,285	—
<b>Total 1914</b>	<b>415,081</b>	<b>26,098</b>	<b>11,826</b>	<b>422,396</b>	<b>149,698</b>	<b>58,183</b>	<b>724,542</b>
<i>Prozent der Ausgaben</i>	<i>17,4 %</i>	<i>1,1 %</i>	<i>0,5 %</i>	<i>17,7 %</i>	<i>6,3 %</i>	<i>2,4 %</i>	<i>30,4 %</i>
<b>1913</b>	<b>188,497</b>	<b>51,093</b>	<b>12,158</b>	<b>475,404</b>	<b>121,927</b>	<b>10,799</b>	<b>297,378</b>
	<i>10,3 %</i>	<i>2,8 %</i>	<i>0,7 %</i>	<i>26,0 %</i>	<i>6,7 %</i>	<i>0,6 %</i>	<i>16,3 %</i>

## Scharfmacherklüngel.

Von den Journalisten darf man nicht ohne weiteres erwarten, dass sie anständige Menschen seien, gerade der unheilvolle Einfluss, den die sogenannte patriotische Presse auf die Volksmassen ausübte, als der europäische Krieg losbrach, zeigt, was für eine gemeingefährliche Gesellschaft im grossen und ganzen die Herren Journalisten bilden. Nun aber gibt es auch da keine Regel ohne Ausnahme. Neben wenigen anständigen und vielen unanständigen, gibt es noch vereinzelte sehr brave Elemente, und leider noch mehr direkt schlechte Subjekte unter ihnen, die von der Zwietracht und dem Hass, die sie unter ihren Mitmenschen säen, von der Verleumdung und Verunglimpfung anderer leben.

Zu diesen letztern gehören unter andern auch die Berufsscharfmacher, jene Elemente, die für Gold die Völker in den Krieg hetzen, und solche, die berufsmässig dafür wirken, die Notlage der Armen zu verhöhnern, um die Profitmacherei der Reichen zu rechtfertigen, die Bestrebungen der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Existenz zu hindern suchen und die aus dem Antagonismus der Klasseninteressen entstandene natür-

liche soziale Gegnerschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer künstlich zu glühendstem Hass aufschüren.

Wir glauben nicht an die Möglichkeit, durch gegenseitige Konzessionen, die sich gutwillig die Angehörigen der besitzenden und der besitzlosen Klasse machen müssten, bald den sozialen Frieden zu bekommen. Sowenig als der Weltkrieg schon in den nächsten Tagen einem dauernden Weltfrieden weichen wird, nur weil die Völker selber überall den Frieden wünschen, ebensowenig kann die Arbeiterklasse einfach auf die Teilnahme am Klassenkampf verzichten, weil ihr jeder Kampf schliesslich unangenehm ist. Wir wissen, dass unter den Besitzenden und Besitzlosen, unter den Unternehmern, Kapitalisten und Arbeitern der einzelne nicht die Wahl hat, nach Belieben Stellung zu nehmen, es sei denn, er verzichte bewusst oder unbewusst darauf, sich für seine Interessen zu wehren, wie dies die unorganisierten Arbeiter tun. Der Klassenkampf ist eine historische Notwendigkeit solange kein Interessengleichgewicht in der Gesellschaft besteht, aber es gibt verschiedene Arten, diesen Kampf zu führen. So wie der Kampf auf diesem Gebiet mit ungleichen Kräften geführt wird, so kommen auch sehr ungleiche Waffen und verschiedene

## Gewerkschaftsverbände im Jahre 1914.

Gemassregeltenunterstützung	Rechtsschutz	Unterstützung von Bewegungen anderer Organisationen		Verbandsorgan	Agitation, Organisation und Bildung	Beiträge an internationale Verbindungen Landeszentrale und Sekretariat	Zentralverwaltung	Zuschüsse an die Verwaltung der Sektionen	Sonstige Ausgaben	Total
		Inland	Ausland							
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
18	416	—	—	2,041	3,565	262	5,990	8,561	200	22,517
320	58	—	—	2,339	1,712	604	7,578	—	—	45,547
—	—	67	—	217	140	120	1,711	—	12	2,497
—	—	600	—	3,536	1,288	1,629	3,795	—	—	11,048
—	254	—	—	2,456	4,252	368	9,037	—	201	20,831
1,126	4,014	—	—	15,524	11,320	3,123	16,023	1,833	2,471	264,908
—	—	—	—	257	—	161	316	—	—	6,543
—	987	370	—	10,395	19,238	4,218	19,942	—	875	92,089
—	366	—	—	3,417	595	306	5,445	4,134	181	23,466
218	—	953	—	3,073	2,366	1,933	9,120	—	2,579	87,460
—	1,232	350	—	5,559	1,875	2,594	16,592	50	6,518	75,690
77	1,373	—	—	3,239	1,919	1,155	6,786	2,440	—	24,875
2,274	1,540	2059	—	23,306	7,390	6,862	53,604	10,147	1,948	406,860
830	79	—	287	1,604	1,448	415	4,914	214	82	28,487
5,574	360	—	250	3,546	1,178	496	4,104	1,239	279	57,795
48	1,603	112	95	3,193	1,258	340	5,185	—	309	14,123
234	488	101	—	6,896	3,944	1,611	15,059	820	1,406	86,004
—	—	250	—	23,570	2,587	1,500	9,997	—	—	51,604
—	1,519	—	200	16,299	5,134	1,850	11,527	9,057	3,146	407,886
—	—	—	—	10,411	6,423	271	15,802	—	1,063	616,416
20	85	—	—	3,429	3,342	845	5,263	888	562	36,734
10,739	14,374	4862	832	144,307	80,974	30,663	227,790	39,183	21,832	2,383,380
0,4 %	0,6 %	0,2 %		6,1 %	3,4 %	1,3 %	9,6 %	1,6 %	0,9 %	
11,094	14,753	2660	3841	183,320	84,718	27,507	267,418	52,985	19,729	1,825,281
0,6 %	0,8 %	0,4 %		10,0 %	4,6 %	1,5 %	14,6 %	2,9 %	1,1 %	

Methoden dabei zur Anwendung. Seitens der Arbeiterorganisationen, speziell der Gewerkschaften, war man stets bestrebt, die Unternehmer von der Notwendigkeit, von der Berechtigung und der praktischen Möglichkeit der Forderungen der Arbeiter zu überzeugen und mehr durch moralischen Einfluss als durch Anwendung von materiellen Zwangsmitteln oder durch Kampf seine nächsten Ziele zu erreichen. Wenn es zum Konflikt kam, so waren sowohl unsere Kritik als unser Kampf offen und ehrlich. Wo Ausnahmen vorgekommen sind, waren solche meist darauf zurückzuführen, dass die Unternehmer gewaltsam ihre Arbeiter hinderten, ihre Interessen offen und ehrlich zu verfechten. Anders auf seiten des Unternehmertums, speziell der Grosskapitalisten und Grossindustriellen. Hier hat man sich jahrelang bemüht, durch Anwendung von List und Gewalt die Lohnarbeiter von der Organisation fernzuhalten. Wo die Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters vom Arbeitgeber eine sehr grosse ist, wagen es die Arbeiter und Arbeiterinnen heute noch nicht, sich zu organisieren.

Ueber die Arbeiter unumschränkt herrschen, diese ohne Rücksicht auf menschliche Pflichten ausbeuten zu können, das ist das Ideal des willkürlichen, brutalen Unternehmers. Wo es nicht

möglich ist, die Bildung gewerkschaftlicher Organisationen zu verhindern, da suchen die Herren diesen jede Aktionsmöglichkeit zu nehmen, zum mindesten jede ernsthafte Aktion zu vereiteln. Wenn auch das nicht mehr geht, dann gilt es erst recht den Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen, wobei man in der Wahl der Mittel nicht sehr skrupulös vorgeht.

Neben den Denunzianten, den Streik- und Sperrebrechern kommen dabei jene dunkeln Elemente dem Unternehmertum zu Hilfe, die man wohl am richtigsten als geistig Prostituierte bezeichnet, weil sie für Geld ihr bisschen Wissen und Verstand dem erstbesten verkaufen, und wenn ihnen dabei materielle Vorteile winken, sich in den Dienst auch der schlechtesten Sache stellen. Diese Sorte Journalisten schreibt für Geld, was man haben will; wer ihnen mehr bezahlt, dem stehen sie zur Verfügung. Ob es die Sache des Papstes oder des Teufels, die der Franzosen oder der Deutschen, der Kapitalisten dieser oder jener Gruppe zu verfechten gilt, ist ihnen an sich gleichgültig. So wie der berufsmässig Prostituierten der natürliche Liebesdrang, so ist diesen Elementen der Charakter, die bestimmte Gesinnung ausgegangen. Wir hüten uns deshalb, häufig mit den Herren der « Arbeitgeberzeitung » zu polemischen.



sieren, wenn es ausnahmsweise geschieht, so um Dinge richtig zu stellen, die wider besseres Wissen falsch dargestellt werden und die öffentliche Meinung irreführen können. Das ist neuerdings in Nr. 35 des genannten Blattes (v. 28. August letztthin) geschehen in einem Artikel, der mit der Frage «*Der richtige Weg?*» überschrieben ist.

Die am 20. Juli gemeinsam vom Schweiz. Gewerbeverein und vom Gewerkschaftsbund an den Bundesrat gerichtete Eingabe hat es den Herren der «*Arbeitgeberzeitung*» angetan. Im erwähnten Artikel heisst es unter anderem:

«Es ist unseres Wissens das erstmal, dass der «Schweizerische Gewerbeverein» mit dem sozialdemokratischen «Gewerkschaftsbund» Hand in Hand geht. Man kann sich in guten Treuen fragen, ob ein solches Verhältnis den Interessen des Handwerkerstandes, die der Gewerbeverein doch zu vertreten behauptet, gerade förderlich sei. Zum mindesten wirkt es befremdlich, dass er den sozialdemokratischen Bestrebungen gegen die angeblich willkürlichen Lohnherabsetzungen seinen Beistand leiht. Es ist in der Presse und auch in diesem Blatte seinerzeit nachgewiesen worden, dass die meisten von den sozialistischen Führern an der Berner Konferenz vom 26. Oktober v. J. erhobenen Beschwerden wegen willkürlicher Lohnkürzungen unerhört übertrieben, zum Teil einfach frei erfunden waren. Und ebenso steht fest, dass es den Behörden angesichts der von Woche zu Woche, von Gemeinde zu Gemeinde und von Betrieb zu Betrieb wechselnden Arbeitsbedingungen praktisch einfach unmöglich wäre, für alle Industrie- und Handwerkszweige verbindliche Lohnsätze aufzustellen. Ganz abgesehen davon, dass für ein solches Vorgehen die rechtliche Grundlage selbst unter den heutigen ausserordentlichen Verhältnissen erst geschaffen werden müsste. Will der «Schweiz. Gewerbeverein» um der wenigen tatsächlich vorgekommenen Fälle missbräuchlicher Lohnherabsetzung willen — die auch wir aufrichtig missbilligen — die Hand bieten zur Beseitigung der freien Lohnvereinbarung zwischen Meister und Arbeiter und zu ihrer Ersetzung durch amtlich vorgeschriebene Mindestlöhne? Denn auf nichts anderes läuft das Bestreben des «Gewerkschaftsbundes» hinaus.»

Hier werden bewusst ganz falsche Behauptungen aufgestellt, um den Kleinmeistern, die ebenso wie das Proletariat von den Grosskapitalisten ausgebeutet und in der Not gründlich im Stich gelassen werden, bange zu machen.

Vorerst sind in Wirklichkeit viel mehr Lohnreduktionen vorgekommen als wir gemeldet haben, worüber die Herren von der «*Arbeitgeberzeitung*» sehr wohl unterrichtet sind. Ausserdem sind nicht die meisten, sondern ein Teil der gemeldeten Fälle seitens der betreffenden Unternehmer bestritten worden, wobei gewöhnlich auch keine Beweise gegen unsere Angaben, sondern nur Behauptung gegen Behauptung standen. Ferner waren dort, wo die Angaben differierten, die Differenzen keineswegs so grosse, wie oben dargestellt wird, und endlich sind nur in ganz wenigen Fällen die gemeldeten Lohnreduktionen als gänzlich unzutreffend abgestritten worden.

Im weitern ist zweifellos der Redaktion der «*Arbeitgeberzeitung*» bekannt, dass es sich heute

wie früher keineswegs darum handelt, von den Behörden die Festsetzung von Mindestlohnsätzen vorzuschreiben, sondern nur darum, die **Reduktion der bisher bezahlten Löhne** zu verhindern, und auch das nur, wenn seitens der Unternehmer keine triftigen Gründe für ein derartiges Vorgehen geltend gemacht werden können. Wir haben schriftlich und mündlich stets erklärt, dass die Forderung der Arbeiterschaft, die wir vertreten, nur den Zweck verfolgt, eine spekulative Ausnützung der gegenwärtigen Notlage der Lohnarbeiter durch rücksichtslose Unternehmer zu verhindern. Dass das ganz etwas anderes ist, als was in der «*Arbeitgeberzeitung*» steht, war der Redaktion dieses Blattes ebenso bekannt, wie den Herren Grossindustriellen, die im Oktober letzten Jahres an der Konferenz im Bundeshaus teilgenommen haben.

Nicht minder falsch ist die Darstellung, die die «*Arbeitgeberzeitung*» über den Zweck unserer Forderung betreffend Beitrag des Bundes an die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosen- und Notunterstützung gibt. Es heisst da:

«Wenn wir nicht irren, gehörten bis jetzt gerade die Handwerkervereinigungen zu den schärfsten Gegnern des sogenannten «Genter Systems». Und mit Recht! Denn wenn auch die von den öffentlichen Verbänden an die Gewerkschaften geleisteten Zuschüsse nur zu Zwecken der Arbeitslosenversicherung verwendet werden, so entlasten sie eben doch mittelbar die Organisation und machen einen Teil ihrer Mittel für Kampfzwecke frei. Liegt es nun plötzlich im Interesse des Gewerbestandes, einer solchen Entwicklung Vorschub zu leisten?»

Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Die können — wie die schönsten Mädchen der Welt — nicht mehr geben als was sie haben. Nachdem die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände im letzten Jahr über eine halbe Million für Not- und Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben, unbekümmert darum, dass da und dort für die Widerstandskasse nichts mehr übrig blieb, will man ihnen heute das Recht abstreiten, einen Beitrag vom Bund zu verlangen, der **ausschliesslich** dazu bestimmt ist, für den kommenden Winter den Gewerkschaften es zu ermöglichen, ihren arbeitslosen und notleidenden Mitgliedern die bisher gewährte Unterstützung unverkürzt leisten zu können. Wird ihnen dieser Beitrag verweigert, dann würden viele gezwungen, die Auszahlung von Unterstützung wenn nicht einzustellen, so doch stark einzuschränken. Wenn die Herren der «*Arbeitgeberzeitung*» etwa hoffen, dass deshalb viele Mitglieder den Gewerkschaften den Rücken kehren, so verrechnen sie sich ordentlich. Eine Ablehnung unseres Begehrens würde uns agitatorisch nur nützen. Da aber die Redakteure der «*Arbeitgeberzeitung*» selber wahrscheinlich noch nie die Notlage eines arbeitslosen Proleten praktisch erfahren haben, so sind



sie wohl unfähig, zu begreifen, dass es uns lieber ist, den Notleidenden zu helfen, als aus ihrer Verbitterung agitatorisch Kapital zu schlagen.

Noch Eines. Angenommen, wir hätten wirklich gleichzeitig den Zweck im Auge gehabt, Mittel zu gewinnen, um den Gewerkschaften zu ermöglichen, ihre Widerstandskassen zu schonen, so wäre das ein recht magerer Fischzug für die in Frage kommenden Gewerkschaften.

Wird ein Bundesbeitrag bewilligt, so kann es sich im besten Fall um 150,000 bis 200,000 Fr. handeln, die auf zirka 20 verschiedene Organisationen zu verteilen wären, entsprechend der Zahl der unterstützten Arbeitslosen und der Summe, die für die Not- und Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wurde. Dabei erhalten zufällig die Verbände am meisten, die am wenigsten häufig Streiks führen. Die mehr als Kampforganisationen geltenden Verbände kämen erst in zweiter Linie mit recht bescheidenen Beträgen (vielleicht 50,000 bis 60,000 Fr. für sechs oder sieben Verbände) in Betracht, der Anteil, der auf den einzelnen Verband entfällt, würde ihnen kaum gestatten, auch nur zwei bis drei Tage eine grössere Zahl Streikender oder Ausgesperrter genügend zu unterstützen. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die Beiträge des Bundes und dazu der grösste Teil der Einnahmen der Gewerkschaften schon lange für Unterstützungszwecke aufgebraucht sein werden, wenn eine normale oder günstige Geschäftskonjunktur die Durchführung von Streiks wieder ermöglicht.

Wenn man weiss, dass gegenwärtig die holländische Regierung und unter anderen auch die Kommunalbehörden von Amsterdam Millionen ausgeben, um in Verbindung mit den Arbeitergewerkschaften die Arbeitslosen wirksam zu unterstützen, dass in Skandinavien und Dänemark nicht minder weitherzig die Bestrebungen aller Vereinigungen unterstützt werden, die eine Linderung der Not der Arbeitslosen bezwecken, vorab die Gewerkschaften, so sieht es doch recht erbärmlich aus, wenn in der Schweiz die Vertreter der wohlhabenden Klasse in so schäbiger Weise die Bemühungen des Gewerbevereins und des Gewerkschaftsbundes zu hintertreiben suchen.



## Zum Kapitel Lohnreduktionen.

### Die Lohnreduktion in der Plattstichweberei.

In der « Appenzeller Volkswacht » beschwerten sich eine Anzahl Weber lebhaft darüber, dass die Bemühungen des Regierungsrates zu keinem Ziele geführt haben. Sie schreiben u. a.:

« Wenn von Webfabrikanten von Hochkonjunktur und Verkauf der Lager gesprochen wird, so

sind die angeführten Gründe zur Ablehnung unseres Gesuches nicht stichhaltig. Wir Weber sollen zuwarten und mit unserem Lohne auskommen oder nicht auskommen; das bleibt den Herren schnuppe, oder bis keine Fabrikanten mehr die Löhne drücken, steht höhnisch in der Begründung der Fabrikanten zu lesen; endlich heisst es, bis wieder amerikanische Bestellungen eingehen. Einer organisierten Arbeiterschaft, die jahrelang einem Verbandsangehörigen hat, der sich zur Pflicht gemacht, gegen Bedrückung und ungerechtfertigte Anforderungen von Seite der Unternehmer den Mitgliedern Schutz zu bieten, mutet man zu, dass sie sich mit einer solchen, den Webern ins Gesicht schlagenden Begründung zufrieden gebe und sich vertrösten lasse, solange es den Fabrikanten beliebt. Für uns Weber bedeutet die Antwort der Fabrikanten nichts mehr und nichts minder als die Festsetzung unserer minimalsten Existenzbedingung.

*Arbeitskollegen!* Weber von nah und fern, nehmt Stellung zur Antwort der Fabrikanten! Unsere Organisation hat uns gelehrt, dass die Selbsthilfe als letztes Mittel angewendet werden solle. Auf gutlichem Wege sollen bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter versucht werden zu erreichen, unter Zugrundelegung eines notwendigen Minimallohnes. Als Kampfmittel steht uns heute vom Verbandsangehörigen zur Verfügung, dass wir die allgemeine Öffentlichkeit angehen, derselben unsere Notlage schildern, bevor wir zur allgemeinen Arbeitsniederlegung schreiten. *Arbeitskollegen!* Wir haben nichts mehr zu verlieren! Unorganisierte Weber haben bereits vereinzelt zur Drohung der Arbeitsniederlegung gegriffen und damit Erfolg erzielt. Sie arbeiten heute zum vollen Lohne, wie wir nachweisen können. Wir Organisierte waren so naiv, zu glauben, dass unsere Fabrikanten es nicht zum Äussersten treiben werden, wir glaubten hoffen zu dürfen, dass die loyale Gesinnungsart der Fabrikanten sich doch soweit erstrecke, uns vor dem kommenden Winter zu schützen, und darum den zehnprozentigen Abbruch wieder zurückziehen würden. Nichts von alledem! Mit einer kläglichen Begründung glauben die Fabrikanten uns vor die Türe stellen zu dürfen. Darum Vorstände vor! Ruft überall Versammlungen ein, nehmt Stellung zur Antwort der Fabrikanten, taget, wie die alten Eidgenossen es taten, gegen die Ausbeutung und Bedrückung der wirtschaftlich Armen unter dem Motto: Lieber sterben, als länger in der Knechtschaft leben!»

